

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

An:

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT
Postfach 22 16 34
80506 München
ALLEMAGNE

CT IPS AM M...

rec. NOV 29 2004

IP
time limit 04.04.05

PCT

MITTEILUNG ÜBER DIE ÜBERSENDUNG
DES INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
PRÜFUNGSBERICHTS

(Regel 71.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr)

26.11.2004

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
2002P17528WO

WICHTIGE MITTEILUNG

Internationales Aktenzeichen
PCT/DE 03/03412

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)
14.10.2003

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
04.12.2002

Anmelder
SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

1. Dem Anmelder wird mitgeteilt, daß ihm die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde hiermit den zu der internationalen Anmeldung erstellten internationalen vorläufigen Prüfungsbericht, gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen, übermittelt.
2. Eine Kopie des Berichts wird - gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen - dem Internationalen Büro zur Weiterleitung an alle ausgewählten Ämter übermittelt.
3. Auf Wunsch eines ausgewählten Amtes wird das Internationale Büro eine Übersetzung des Berichts (jedoch nicht der Anlagen) ins Englische anfertigen und diesem Amt übermitteln.

4. ERINNERUNG

Zum Eintritt in die nationale Phase hat der Anmelder vor jedem ausgewählten Amt innerhalb von 30 Monaten ab dem Prioritätsdatum (oder in manchen Ämtern noch später) bestimmte Handlungen (Einreichung von Übersetzungen und Entrichtung nationaler Gebühren) vorzunehmen (Artikel 39 (1)) (siehe auch die durch das Internationale Büro im Formblatt PCT/IB/301 übermittelte Information).

Ist einem ausgewählten Amt eine Übersetzung der internationalen Anmeldung zu übermitteln, so muß diese Übersetzung auch Übersetzungen aller Anlagen zum internationalen vorläufigen Prüfungsbericht enthalten. Es ist Aufgabe des Anmelders, solche Übersetzungen anzufertigen und den betroffenen ausgewählten Ämtern direkt zuzuleiten.

Weitere Einzelheiten zu den maßgebenden Fristen und Erfordernissen der ausgewählten Ämter sind Band II des PCT-Leitfadens für Anmelder zu entnehmen.

Der Anmelder wird auf Artikel 33(5) hingewiesen, in welchem erklärt wird, daß die Kriterien für Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit, die im Artikel 33(2) bis (4) beschrieben werden, nur für die internationale vorläufige Prüfung Bedeutung haben, und daß "jeder Vertragsstaat (...) für die Entscheidung über die Patentfähigkeit der beanspruchten Erfindung in diesem Staat zusätzliche oder abweichende Merkmale aufstellen" kann (siehe auch Artikel 27(5)). Solche zusätzlichen Merkmale können z.B. Ausnahmen von der Patentierbarkeit, Erfordernisse für die Offenbarung der Erfindung sowie Klarheit und Stützung der Ansprüche betreffen.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde



Europäisches Patentamt - P.B. 5818 Patentlaan 2
NL-2280 HV Rijswijk - Pays Bas
Tel. +31 70 340 - 2040 Tx: 31 651 epo nl
Fax: +31 70 340 - 3016

Bevollmächtigter Bediensteter

Huniak, A



Tel. +31 70 340-1900



VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT (Artikel 36 und Regel 70 PCT)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts 2002P17528WO	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/03412	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 14.10.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 04.12.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK H02J7/00		
Anmelder SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT		
<p>1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.</p> <p>2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 6 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).</p> <p>Diese Anlagen umfassen insgesamt 5 Blätter.</p> <p>3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:</p> <ul style="list-style-type: none">I <input checked="" type="checkbox"/> Grundlage des BescheidsII <input type="checkbox"/> PrioritätIII <input type="checkbox"/> Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche AnwendbarkeitIV <input type="checkbox"/> Mangelnde Einheitlichkeit der ErfindungV <input checked="" type="checkbox"/> Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser FeststellungVI <input type="checkbox"/> Bestimmte angeführte UnterlagenVII <input type="checkbox"/> Bestimmte Mängel der internationalen AnmeldungVIII <input type="checkbox"/> Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung		
Datum der Einreichung des Antrags 05.07.2004	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 26.11.2004	
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt - P.B. 5818 Patentlaan 2 NL-2280 HV Rijswijk - Pays Bas Tel. +31 70 340 - 2040 Tx: 31 651 epo nl Fax: +31 70 340 - 3016	Bevollmächtigter Bediensteter Marannino, E. Tel. +31 70 340-3906 	

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1-14 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-16 eingegangen am 01.10.2004 mit Schreiben vom 28.09.2004

Zeichnungen, Blätter

1/4-4/4 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist:

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung
- | | |
|--------------------------------|---------------------|
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1-16 |
| | Nein: Ansprüche |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche 1-16 |
| | Nein: Ansprüche |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-16 |
| | Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Das folgende D1 wurde von der Anmelderin in der Beschreibung zitiert. Die Numerierung wird auch im weiteren Verfahren beibehalten.

D1 EP A 0432639 (FRAUNHOFER GES FORSCHUNG) (19-06-1991)

Stand der Technik

Das Dokument D1 wird als nächstliegender Stand der Technik gegenüber dem Gegenstand des Anspruchs 1 angesehen.

Es offenbart eine elektrische Schaltung für ein KFZ-Bordnetz, insbesondere zur Ladungserhaltung bei einem Doppelschicht-Kondensator (2), mit

- einer ersten Spannungsversorgung,
- einem aus mehreren Speicherelementen (2) bestehenden und durch die erste Spannungsversorgung aufladbaren elektrischen Energiespeicher (2) und
- einer Ladungsausgleichsschaltung mit einem Primärkreis und mehreren Sekundärkreisen zum Ladungsausgleich zwischen den einzelnen Speicherelementen des Energiespeichers,
- wobei der Primärkreis der Ladungsausgleichsschaltung eine Primärwicklung (27) aufweist,
- während die Sekundärkreise der Ladungsausgleichsschaltung jeweils eine Sekundärwicklung (31) aufweisen und jeweils parallel zu den einzelnen Speicherelementen geschaltet sind.

Der Gegenstand des Anspruchs 1 ist somit neu (Artikel 33(2) PCT).

Aufgabe

Die mit der vorliegenden Erfindung zu lösende Aufgabe kann somit darin gesehen werden:

- im Fahrzeugstillstand ein Nachladen des mehrelementigen Energiespeichers von D1 zu ermöglichen.

Lösung

Diese Aufgabe wird erfindungsgemäss durch die folgende Merkmale gelöst:

- A) die Ladungsausgleichsschaltung durch ein erstes Schaltelement mit der ersten Spannungsversorgung und durch ein zweites Schaltelement mit dem Energiespeicher verbunden ist, und
- B) in Abhängigkeit von dem Schaltzustand der Schaltelemente wird der Ladungsausgleich bewirkt und/oder der Energiespeicher aufgeladen.

Warum erfinderisch

Aus D1 sind keinerlei Hinweise entnehmbar, in welcher Weise die bekannte Ladungsausgleichsschaltung zu schalten um die obengenannte Aufgabe zu lösen.

Die Berechnung der Gesamtblindleistung wird von dem zitierten Dokument D1 nicht vorweggenommen oder nahegelegt.

Insbesondere offenbart D1 keine zweite Spannungsversorgung, kein(e) mit der ersten Spannungsversorgung oder/und mit dem Energiespeicher verbundene Schaltelement(e), sondern die Ladungsausgleichsschaltung ist nicht schaltbar und ist immer verbunden mit dem positiven Anschluss des mehrelementigen Energiespeichers.

Da wirst für den Fachmann nicht offensichtlich, weder alle drei Elemente (zweite Spannungsversorgung, erstes und zweites Schaltelement) in der Schaltung von D1 einzusetzen (Merkmal A), noch in Abhängigkeit von dem Schaltzustand der Schaltelemente den Ladungsausgleich bewirken und/oder den Energiespeicher aufzuladen.

Deshalb würde der Fachmann den Gegenstand des Anspruchs 1 nicht ohne erfinderisches Zutun erreichen.

Die Schaltung des Anspruchs 1 und das zugehörige Betriebsverfahren des Anspruchs 10 sind daher erfinderisch (Artikel 33(3) PCT).

Gewerbliche Anwendbarkeit

Die elektrische Schaltung des Anspruchs 1 ist als Spannungswandler in einem Fahrzeug-Bordnetz anwendbar, deshalb erfüllt Anspruch 1 und zugehöriges Betriebsverfahren auch die Erfordernisse des PCT in Bezug auf gewerbliche Anwendbarkeit (Artikel 33(4) PCT).

Abhängige Ansprüche

Die übrigen Ansprüche 2-9 und 11-16 sind vom Anspruch 1 und beziehungsweise vom Anspruch 10 abhängig und erfüllen damit ebenfalls die Erfordernisse des PCT in Bezug auf Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit (Artikel 33(2), 33(3), 33(4)).

Patentansprüche

1. Elektrische Schaltung für ein KFZ-Bordnetz, insbesondere zur Ladungserhaltung bei einem Doppelschicht-Kondensator (5),
5 mit

- einer ersten Spannungsversorgung (4),
- einem aus mehreren Speicherelementen (C2-C5) bestehenden und durch die erste Spannungsversorgung (2) aufladbaren elektrischen Energiespeicher (5) und
- 10 - einer Ladungsausgleichsschaltung (6) mit einem Primärkreis und mehreren Sekundärkreisen zum Ladungsausgleich zwischen den einzelnen Speicherelementen (C2-C5) des Energiespeichers (5),
- wobei der Primärkreis der Ladungsausgleichsschaltung (6)
- 15 eine Primärwicklung (L1) aufweist,
- während die Sekundärkreise der Ladungsausgleichsschaltung (6) jeweils eine Sekundärwicklung (L2-L5) aufweisen und jeweils parallel zu den einzelnen Speicherelementen (C2-C5) geschaltet sind,

20 d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t
dass die Ladungsausgleichsschaltung (6) durch ein erstes Schaltelement (S5) mit der ersten Spannungsversorgung (4) und durch ein zweites Schaltelement (S4) mit dem Energiespeicher (5) verbunden ist, um in Abhängigkeit von dem Schaltzustand
25 der Schaltelemente (S4, S5) den Ladungsausgleich zu bewirken und/oder den Energiespeicher (5) aufzuladen.

2. Elektrische Schaltung nach Anspruch 1,
d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,
30 dass die Ladungsausgleichsschaltung (6) zusätzlich durch ein drittes Schaltelement (S6) mit einer zweiten Spannungsversorgung (2) verbunden ist, um den Energiespeicher (5) wahlweise aus der ersten Spannungsversorgung (4) oder aus der zweiten Spannungsversorgung (2) aufzuladen.

35

3. Elektrische Schaltung nach Anspruch 1 und/oder Anspruch 2,
g e k e n n z e i c h n e t d u r c h
eine Steuereinheit (7) zur Ansteuerung des ersten Schaltelements (S5) und/oder des zweiten Schaltelements (S4) und/oder des dritten Schaltelements (S6).
4. Elektrische Schaltung nach Anspruch 3,
d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,
dass die Steuereinheit (7) mit einem Zeitgeber (14) verbunden ist, um das Nachladen des Energiespeichers (5) zu initialisieren.
5. Elektrische Schaltung nach Anspruch 3 und/oder Anspruch 4,
d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,
dass die Steuereinheit (7) eine erste Vergleichereinheit (12) aufweist, um den Ladungszustand des Energiespeichers (5) mit einem vorgegebenen ersten Minimalwert ($U_{C,MIN}$) und/oder mit einem vorgegebenen Maximalwert ($U_{C,MAX}$) zu vergleichen.
6. Elektrische Schaltung nach mindestens einem der Ansprüche 3 bis 5,
d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,
dass die Steuereinheit (7) eine zweite Vergleichereinheit (10) aufweist, welche die Spannung (U_{BAT12}) der ersten Spannungsversorgung (4) mit einem zweiten Minimalwert ($U_{BAT12,MIN}$) vergleicht und das erste Schaltelement (S5) nur beim Überschreiten des zweiten Minimalwerts ($U_{BAT12,MIN}$) durchschaltet.
7. Elektrische Schaltung nach Anspruch 6,
d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,
dass die Steuereinheit (7) eine dritte Vergleichereinheit (11) aufweist, welche die Spannung (U_{BAT36}) der zweiten Spannungsversorgung (2) mit einem dritten Minimalwert ($U_{BAT36,MIN}$) vergleicht und das dritte Schaltelement (S6) nur beim Überschreiten des dritten Minimalwerts ($U_{BAT36,MIN}$) durchschaltet.

8. Elektrische Schaltung nach mindestens einem der vorhergehenden Ansprüche,

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,

- 5 dass das erste Schaltelement (S5) und/oder das zweite Schaltelement (S4) und/oder das dritte Schaltelement (S6) ein Relais oder ein Halbleiterschalter ist.

9. Elektrische Schaltung nach mindestens einem der vorhergehenden Ansprüche,

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,

10 dass das erste Schaltelement (S5) und/oder das zweite Schaltelement (S4) und/oder das dritte Schaltelement (S6) ein Transfer-Gate (15) ist.

15 10. Betriebsverfahren für eine elektrische Schaltung mit einem aus mehreren Speicherelementen (C2-C5) bestehenden elektrischen Energiespeicher (5) und einer Ladungsausgleichsschaltung (6) mit einem Primärkreis und mehreren Sekundärkreisen
20 zum Ladungsausgleich zwischen den einzelnen Speicherelementen (C2-C5) des Energiespeichers (5), wobei der Primärkreis der Ladungsausgleichsschaltung (6) eine Primärwicklung (L1) aufweist, während die Sekundärkreise der Ladungsausgleichsschaltung (6) jeweils eine Sekundärwicklung (L2-L5) aufweisen und
25 jeweils parallel zu den einzelnen Speicherelementen (C2-C5) geschaltet sind,

mit den folgenden Schritten:

- Aufladung des Energiespeichers (5),
- Ladungsausgleich zwischen den einzelnen Speicherelementen (C2-C5) des Energiespeichers (5) durch die Ladungsausgleichsschaltung (6),

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t,

30 dass die Aufladung des Energiespeichers (5) durch die Ladungsausgleichsschaltung (6) erfolgt.

11. Betriebsverfahren nach Anspruch 10,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Ladungsausgleichsschaltung (6) zur Aufladung des E-
nergiespeichers (5) mit einer ersten Spannungsversorgung (4)
5 oder einer zweiten Spannungsversorgung (2) verbunden wird.

12. Betriebsverfahren nach Anspruch 11,
gekennzeichnet durch
folgende Schritte:

10 - Messung der Ausgangsspannung (U_{BAT12}) der ersten Spannungs-
versorgung (4)
- Vergleich der gemessenen Ausgangsspannung (U_{BAT12}) mit einem
ersten Minimalwert ($U_{BAT12,MIN}$)
- Verbindung der Ladungsausgleichsschaltung (6) mit der ers-
15 ten Spannungsversorgung (4) nur beim Überschreiten des
ersten Minimalwerts ($U_{BAT12,MIN}$).

13. Betriebsverfahren nach Anspruch 12,
gekennzeichnet durch
20 folgende Schritte:

- Messung der Ausgangsspannung (U_{BAT36}) einer zweiten Span-
nungsversorgung (2)
- Vergleich der gemessenen Ausgangsspannung (U_{BAT36}) mit einem
zweiten Minimalwert ($U_{BAT36,MIN}$)
25 - Verbindung der Ladungsausgleichsschaltung (6) mit der
zweiten Spannungsversorgung (2) nur beim Überschreiten des
zweiten Minimalwerts ($U_{BAT36,MIN}$).

14. Betriebsverfahren nach mindestens einem der Ansprüche
30 10 bis 13,
dadurch gekennzeichnet,
dass der Energiespeicher (5) im Normalbetrieb mit der ersten
Spannungsversorgung (4) und/oder der zweiten Spannungsversor-
gung (2) verbunden und im Stillstand von der ersten Span-
35 nungsversorgung (4) und der zweiten Spannungsversorgung (2)
getrennt wird.

15. Betriebsverfahren nach mindestens einem der Ansprüche 10 bis 14,

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t ,

5 dass der Ladungszustand des Energiespeichers (5) jeweils nach Ablauf einer vorgegebenen Zeitspanne (T_{MAX}) überprüft und der Energiespeicher (5) beim Unterschreiten eines vorgegebenen dritten Minimalwerts ($U_{C,MIN}$) aufgeladen wird.

10 16. Betriebsverfahren nach mindestens einem der Ansprüche 10 bis 15,

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t ,

dass der Energiespeicher (5) jeweils bis auf einen vorgegebenen Maximalwert ($U_{C,MAX}$) aufgeladen wird.